Dez. 1 Oberbürgermeister Innere Verwaltung/Beauftragter für Ortsteile und Ehrenamt

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 1678/22

Titel der Drucksache

Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Büßleben zur DS 0546/22 - Satzung zur Änderung der Hauptsatzung (Anlage 5 - Ortsteilverfassung)

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben?	Nein.
Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung?	Ja.
Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor?	Ja.

Stellungnahme

Zu § 4 Abs. 2 Nr. 3: Die Regelung ist dem § 45 Abs. 6 Satz 2 Nr. 3 ThürKO entnommen.

Hinter dieser Regelung steht Folgendes:

Beabsichtigt die Gemeinde die Durchführung einer Veranstaltung oder eines Marktes, so soll hiermit dem Ortsteilrat frühzeitig die Möglichkeit der Mitwirkung und Mitgestaltung gegeben werden. Soweit Dritte (Private, Gewerbetreibende, Vereine, Parteien, Organisationen o.ä.) Veranstaltungen oder Märkte planen, ist eine Stellungnahme des Ortsteilrats nur geboten, wenn die Veranstaltung anzeige- oder genehmigungspflichtig ist und im Rahmen des Verwaltungsverfahrens die Gemeinde beteiligt ist oder wird – unabhängig davon, wer für die Erteilung der Genehmigung zuständig ist (Uckel/Dressel/Noll, Kommunalrecht, § 45 Erl. 4.4).

Damit ist zwischen Veranstaltungen der Stadt und solcher von Dritten in Bezug auf die Möglichkeit zur Stellungnahme zu unterscheiden. Zudem ist bei der vorgeschlagenen Regelung nicht nachvollziehbar, warum der Ortsteilrat auf die Möglichkeit zur Stellungnahme bei nur anzeigepflichtigen Veranstaltungen verzichten soll.

Bei dem Recht auf Stellungnahme in den Fällen des § 4 Abs. 2 Nr. 3 handelt es sich um wichtige Angelegenheiten, die dem Ortsteilrat ein Anhörungsrecht verleihen (vgl. § 45 Abs. 5 Satz 5 ThürKO), damit dieser gegenüber dem zuständigen Organ vor dessen Entscheidung seine Belange in Form einer beschlossenen Stellungnahme wahrnehmen kann (vgl. § 4 Abs. 3 der Änderungssatzung). Hierzu korrespondiert das in § 5 Abs. 1 der Änderungssatzung geregelte Informationsrecht.

Der Vorschlag beschneidet die Rechte des Ortsteilrats und widerspricht der oben dargestellten Regelung.

Der Antrag ist abzulehnen.

Zu § 4 Abs. 2 Nr. 23:

Diesem Antrag kann Zustimmung erteilt werden. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass eine Erweiterung der Aufgaben entsprechend finanziell zu untersetzen wäre.

Der Änderung kann unter Abwägung der finanziellen Aspekte zugestimmt werden.

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

Anlagenverzeichnis

F. Wenzel
Unterschrift Amtsleitung

19.10.2022
Datum